

Sächsische Volkszeitung

Ausgabe A und B
Sonntag, den 22. Oktober 1933
Verlagsgesellschaft
Kriegelsteinstr. 40 am Breiten Markt 40 Pf.
— für Familienangehörige und Entlassene 20 Pf. —
Für Pflanzengarten können wir keine Gewähr leisten

Redaktion: Dresden-A., Postfach 17, Fernr. 20711 u. 21012
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Gennaris Buchdruckerei
u. Verlag 23, u. G. Winkel, Postfach 17, Fernr. 21012,
Postfach Nr. 1025, Postamt: Stadtbau Dresden Nr. 94707

**Unabhängige Tageszeitung
für christliche Politik u. Kultur**

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, Streik oder
Betriebsstörungen hat der Verlag oder Inhaber keine
Verpflichtung, falls die Zeitung in beschränktem Umfang,
verzüglich oder nicht erscheint. — Verlagsort: Dresden

Unser Kampf um Gleichberechtigung

Die Note über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund in Genf übergeben

Dr. Goebbels eröffnet den Wahlkampf

Große Rede des Reichspropagandaministers am 20. Oktober im Sportpalast Berlin

Berlin, 21. Okt.

Am Freitagabend wurde im Berliner Sportpalast der Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung durch eine Massenkundgebung eröffnet, bei der Reichsminister Dr. Goebbels über „Deutschlands Kampf um Frieden und Gleichberechtigung“ sprach.

Dr. Goebbels führte u. a. in seiner Rede aus: Wir haben abgerufen, und zwar in einem solchen Maße, daß uns nicht einmal die Verteilung möglich ist. Wir haben bis zum letzten Zeitpunkt unsere Verpflichtungen eingehalten. Der Vertrag von Versailles sprach in allem gegen uns, nur in einem noch vor uns eine Chance, nämlich in dem Punkte, daß die deutsche Bevölkerung nur die Vorteile der allgemeinen Weltabrechnung sein soll.

Wie verhält es sich nun mit der Frage, was der die anderen immer so gern sprechen, wenn sie von uns alles verlangen, was gegen uns spricht, und uns verweigern, was einmal ausnahmsweise für uns spricht?

Als Adolf Hitler im vergangenen Mai im Deutschen Reichstag erklärte, daß wir, wenn man uns unsere Ehre nehme und uns die Gleichberechtigung verweigere, früher oder später die Konferenzen verlassen würden, da mußte sich die Welt über klar sein, daß das nicht eine leere Phrase war, sondern daß hinter Hitler ein gefolterter politischer Widerstand des ganzen deutschen Volkes stand.

Was Deutschland will

Wir haben nicht die Absicht, mit Gewalt in das Regime irgend eines anderen Staates einzugreifen, sondern uns genügt es, wenn sich der Nationalsozialismus in Deutschland aus-

wirken kann. Es ist fast wie eine Ironie des Schicksals geworden, daß die Siegerstaaten uns genaugen haben, den Vertrag von Versailles bis zum letzten Buchstaben zu erfüllen, daß sich aber nun die Auswirkungen des Vertrages in ihrem eigenen Lande bemerkbar machen. Nicht nur ist Deutschland von Ungleich überzogen, sondern in der ganzen Welt sind ewig sich wiederholende Streit und Erschütterungen aufgetreten. — Die Staatsmänner — das muß man heute bei aller Zurückhaltung sagen — hatten nicht den Mut, die Probleme zu erkennen und sich mit ihnen verantwortungsvoll auseinanderzusetzen, sie beschämten sich nur damit, Deutschland zum Sündenbock zu stampfen. Wenn sie Differenzen hatten, dann trugen sie diese Differenzen auf anderen Rücken aus.

Wir wollen eine wirkliche Lösung der europäischen Probleme.

Bei dieser Lösung muß aber der Grundsatz herrschen, daß man auch die Lage der anderen verstehen muß. Man muß den anderen entgegenkommen, indem man sich ihm den Weg freimachen, daß er einen Vertrag, den er freiwillig unterschreibt, auch halten kann. Wenn man unsere Ehre antastet, muß man damit rechnen, daß wir gehen, und wir haben das getan. (Beifall.) Wenn die Welt nun geschlichtet hat, wir würden nicht zustimmen, so muß sie wissen, daß es jetzt in Deutschland anders ist. Wir bläsen nicht die Kriegsinfare, dazu sind wir viel zu verantwortungsvoll. Wir sagen, es geht uns gegen unsere Ehre, und wir tun das nicht, bis ihr uns unsere Ehre gegeben habt. (Beifall.)

(Fortsetzung auf Seite 2)

Gerechtigkeit

Von L. K.

Justitia fundamentum rectorum — Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten und, so können wir hinzufügen, des Völkerrechts. Ganz laut und vernünftig muß dieser Gedanke hinausstrahlen in die weite Welt in einer Stunde, die mit dem Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbunde wieder vor aller Augen das Unrecht von Versailles ins Licht der Weltöffentlichkeit stellt. Statt daß das Ausland durch die Form und die Methoden des neuen Deutschland sich verwundert und beunruhigt zeigt und auf seine offiziellen und völkischen Regungen argwöhnisch beobachtet zu müssen glaubt, sollte es doch endlich zu erkennen versuchen, daß, schweres Unrecht auf uns lastet, seit wir um die 14 schon klingenden 14 Punkte Wilsons 1918 betrogen wurden, seit das im Kriege gegen uns gelangende Ausland in einseitiger Machtpolitik militärisch uns in ewige Ohnmacht zu zwingen und wirtschaftlich auszulagern suchte. Versailles ist der „Friede, wie die Welt ihn gibt“, nicht der Friede Christi im Reiche Christi, wie dem hohen Ideal unseres Hl. Vaters entspräche, aufgebaut auf Gerechtigkeit und Einheit in die gemeinsame Aufgabe aller Kulturvölker am Gesamtwohl der Menschheit. Es ist wahrlich kein Zufall, daß das Weltfreimaurertum an der Waise von Versailles geknabert ist, daß kleinlicher und schamloser Krämergeist der Träger der entsetzlichen Entschlüsse war, der freilich inzwischen schon mit der allgemeinen Weltöffentlichkeit seine eigenen Väter ebenso geschlagen hat wie die Väter des Weltkrieges. Wir wollen uns gewiß nicht pharisäisch als besser dünken als die übrige Menschheit, aber Recht muß Recht heißen, und es wird niemanden im ganzen deutschen Volke geben, der sich nicht darin hinter seine Regierung stellte, daß sie in hartem Friedenswillen volle Gleichberechtigung für Deutschland fordert, der nicht den Worten des Reichskanzlers in seiner letzten Rundfunkrede zustimmte: „Kein Krieg kann Dauerzustand der Menschheit werden, kein Friede kann die Bewegung des Krieges sein. Einmal müssen Sieger und Besiegte den Weg in die Gemeinschaft des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens wieder finden“. Worte, die ähnlich und in gleicher warnender Ehrlichkeit auch bereits Brüning einst ausgesprochen hatte, ohne daß freilich hinter ihm eine in uns geballte Macht gestanden hätte wie hinter der heutigen Regierung.

„Gerechtigkeit erhebt ein Volk, aber die Sünde macht die Völker elend.“ — Dieser Spruch des weisen Salomon (14,34) hat auch im 20. Jahrhundert noch sein volles Gewicht. Es kann keinen größeren Ruhm für eine Staatsführung geben, als den, Gerechtigkeit zu üben, ohne Ansehen der Person, gegen jedermann. Nicht Höhe oder Schicklichkeit sein, wenn die staatliche Obrigkeit handelt und Recht spricht! Tiefe Grundung aber ist nur das ewige Gesetz Gottes sein; an ihm muß sich, wie das Gewissen des Einzelnen, so auch das Gewissen der Nation und ihrer Führung orientieren. Das ist auch letzter Sinn der von den heutigen Führern so oft betonten christlichen Grundlage des deutschen Staates. Mögen vielleicht manche oberflächliche Denker meinen, der Staat wäre schon christlich, wenn er bei seinen offiziellen Veranstaltungen Festgottesdienste hält, wenn seine Minister ihre christliche Gesinnung betonen (was als wertvolles Bekenntnis höher zu begrüßen ist), — das Entscheidende bleibt doch immer: inwieweit die Gesetze des Staates und, was oft noch wichtiger ist, deren Ausführung in der täglichen Praxis übereinstimmen mit dem göttlichen Willen. Wir sind nächsten genug, zuzugeben und einzusehen, daß in einem konfessionell

Die Austrittserklärung aus dem Völkerbund

Starker Eindruck in Genf

Genf, 21. Okt.

Der deutsche Konsul in Genf Dr. Krauel hat heute vormittag dem Generalsekretär des Völkerbundes die Note übergeben, mit der der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund angemeldet wird. Der Austritt gilt auch für die internationale Arbeitsorganisation. Die Note lautet:

Berlin, 19. Oktober 1933.

Herr Generalsekretär!

Namens der deutschen Regierung beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß Deutschland hiermit seinen Austritt aus dem Völkerbund gemäß Artikel 1 Abs. 3 der Satzung erklärt.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.
gez. Reichherr von Neurath.

Gleichzeitig hat der deutsche Untergeneralsekretär, Staatssekretär z. D. Dr. Trendelenburg, wie bekannt wird, bestehender Übung gemäß, seinen Rücktritt erklärt.

Genf, 21. Okt. Obwohl der heutige Schritt des deutschen Vertreters in Genf beim Generalsekretär des Völkerbundes nur noch die formale Bestätigung einer bereits bekannten Tatsache ist, hat er in den Genfer internationalen Kreisen stärksten Eindruck gemacht. Mit großem Interesse wurde die Tatsache vermerkt, daß nun Deutschland auch aus der internationalen Arbeitsorganisation ausgeschieden ist. Bei der am Montag beginnenden Herbsttagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes wird Deutschland also nicht mehr vertreten sein.

Auch diejenigen deutschen Beamten, die eine lediglich technische Funktion haben und deren Arbeit unabhängig von der Zugehörigkeit Deutschlands zur Genfer Institution erfolge, haben, wie es heißt, schon den Wunsch geäußert, gleichfalls zu dem vertraglichen nächstmöglichen Termin ihre Tätigkeit in Genf einzustellen.

Das englische Weißbuch zur Abrüstungsfrage

London, 21. Okt.

Das angekündigte Weißbuch zur Abrüstungsfrage, das die Erklärung Simons in der Bürokratie vom 14. Oktober sowie den Telegrammwechsel zwischen Henderson und dem deutschen Außenminister enthält, wurde gestern abend veröffentlicht.

Times, die sich ausführlich mit seinem Inhalt befaßt, kommt zu dem Schluß, Deutschlands Haltung, in der das Blatt nach wie vor nichts anderes als eine politische „Forderung“ zu erblicken vermag, brauche den anderen Verhandlungspartnern keinen Zwang zur Untätigkeit für die Aufführung neuer Möglichkeiten aufzuwerfen. — Daily Herald weiß zu berichten, daß Sir John Simon am Donnerstag den französischen, italienischen, gestern den deutschen Botschafter empfangen habe. Das Blatt erklärt darin den Anfang des Versuches, die Abrüstungsfrage in Viermächte-Verhandlungen weiter zu erörtern.

Volonté appelliert an Daladier

Paris, 21. Okt. In einem offenen Brief appelliert der Herausgeber der radikalsten „Volonté“ an Ministerpräsident Daladier, die durch die letzte Rede des Reichskanzlers gebotene „unverhoffte Gelegenheit“ zu einer Aussprache mit Deutschland nicht ungenützt verstreichen zu lassen.